

Antrag 11/I/2025**Unterbezirk Dahme-Spreewald, Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Der/Die Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Zurückgestellt****20 Stunden Arbeitszeit für BAföG-Empfänger: Der Schlüssel zur praktischen Erfahrung und finanziellen Stabilität.**

1 Wir fordern, dass BAföG-Empfänger*innen die regu-
2 läre Stundenanzahl von 20 Stunden pro Woche nut-
3 zen können, ohne dafür finanzielle Einbuße zu er-
4 halten. Dieses Streben soll sich der Bundesparteitag
5 annehmen und für eine Anpassung der Hinzuver-
6 dienstgrenze für BAföG-Empfänger*innen ausspre-
7 chen.

8

9 Begründung

10 Studierende, die BAföG beziehen, sollen die Mög-
11 lichkeit erhalten, bis zu 20 Stunden pro Woche zu ar-
12 beiten, ohne dass ihr Einkommen auf das BAföG an-
13 gerechnet wird. Die derzeitige Regelung führt dazu,
14 dass viele Studierende finanzielle Einbußen erlei-
15 den, wenn sie neben dem Studium einer regulären
16 Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies benachteiligt ins-
17 besondere diejenigen, die auf zusätzliche Einkünfte
18 angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu be-
19 streiten. In Zeiten steigender Lebensunterhaltskos-
20 ten, insbesondere im Bereich der Mieten und Grund-
21 versorgung, ist es für viele Studierende unerläss-
22 lich, neben dem Studium zu arbeiten. Die aktuel-
23 le BAföG-Regelung zwingt sie jedoch, entweder auf
24 wichtige Praxiserfahrungen zu verzichten oder ihr
25 Studium aufgrund finanzieller Notlagen zu verlän-
26 gern. Dabei ist eine wöchentliche Arbeitszeit von bis
27 zu 20 Stunden mit Regelungen zur studentischen
28 Beschäftigung und der Sozialversicherungsfreiheit
29 vereinbar.

30 Eine Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze würde
31 nicht nur eine bessere finanzielle Absicherung ge-
32 währleisten, sondern auch dazu beitragen, die Zahl
33 der Studienabbrüche zu senken. Zudem fördert eine
34 solche Regelung die Chancengleichheit im Bildungs-
35 system, indem sie Studierenden aus einkommens-
36 schwächeren Familien die gleiche finanzielle Flexi-
37 bilität ermöglicht wie jenen, die nicht auf staatliche
38 Unterstützung angewiesen sind.

39 Wir fordern daher die Bundesregierung bzw. das zu-
40 ständige Ministerium auf, die bestehenden BAföG-
41 Hinzuverdienstgrenzen so anzupassen, dass Studie-
42 rende neben ihrer Förderung ohne finanzielle Ein-

Der Antrag wird unter Änderung der Zeile 4 an den
Bundesparteitag überwiesen.

43 bußen einer Erwerbstätigkeit bis zu 20 Stunden pro
44 Woche nachgehen können. Dies würde nicht nur die
45 Eigenständigkeit und finanzielle Sicherheit der Stu-
46 dierenden stärken, sondern auch gleiche Chancen
47 für alle schaffen – unabhängig von ihrer sozialen
48 Herkunft. Bildungserfolg darf nicht von finanzielle
49 Zwängen abhängen, sondern sollte allen Studieren-
50 den gleichermaßen offenstehen.